

»Konterrevolution« der Kohlewirtschaft oder scheinbare Skandalisierung?

Wirtschaft Opposition und Koalition streiten über den richtigen Schwung für die Energiewende. Wirtschaftsminister Gabriel lobt Rekordergebnisse beim Stromanlagenbau

Die Oppositionsfraktionen haben der Bundesregierung schwere Vorwürfe in der Energiepolitik gemacht. In einer Aktuellen Stunde des Bundestages in der vergangenen Woche sprach die Grünen-Abgeordnete Julia Verlinden von einer "unverfrorenen Konterrevolution der alten, dreckigen Energiewirtschaft und deren Fürsprecher hier im Parlament". Die Bundesregierung wolle den Ausbau der erneuerbaren Energien begrenzen, weil sie den "Kohle-Dreckschleudern von RWE und Vattenfall" einen Bestandsschutz geben wolle. Das sei unfassbar, so die Abgeordnete. Es gebe einen Stromüberschuss, weil die Regie-

r
- und Atommeiler würden das Netz verstopfen.

Schäbige Politik Eva Bulling-Schröter (Linke) erklärte, ihre Fraktion werde nicht zulassen, "dass auf dem Rücken der erneuerbaren Energien schäbige Politik gemacht wird". Die Regierung habe erst den Ausbau der Photovoltaik und Bioenergie heruntergefahren, und jetzt gehe Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) a

branche werde zerstört.

Redner von Bundesregierung und Koalition wiesen die Vorwürfe der Opposition scharf zurück. Wenn zutreffen würde, was die Grünen sagen würden, hätten Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) u

-württembergischen Landesregierung dem am Dienstag Abend im Kanzleramt gefundenen Kompromiss zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien nie zugestimmt, sagte Gabriel. Auch der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow, der zur Linken gehöre, habe die Fortschritte gelobt. Was die Grünen äußerten, "hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun". Die Partei betreibe eine "scheinbare Skandalisierung, um in die Zeitung zu kommen. Um mehr geht es doch gar nicht." Es habe noch nie einen so starken Aufwuchs der erneuerbaren Energien wie in den Jahren 2014 und 2015 gegeben, sagte Gabriel mit Blick auf die seinerzeit gegenteiligen

Äußerungen der Grünen. 2014 seien die erneuerbaren Energien um zwei Prozent und 2015 um 5,4 Prozent gewachsen. "Das ist die Realität gegenüber den Brandreden, die Sie so hier halten", kritisierte Gabriel.

Michael Fuchs (CDU) begründete die Notwendigkeit eines langsameren Ausbaus mit den stark gestiegenen Kosten. Die Subventionierung der erneuerbaren Energien mache inzwischen 25 Milliarden Euro im Jahr aus. In 20 Jahren seien das 500 Milliarden Euro. Da müsse man "an der ein oder anderen Stelle eine Bremse einbauen". Denn ein Vier-Personen-Haushalt müsse bald 500 Euro im Jahr für die erneuerbaren Energien zahlen. "Das kann so nicht weitergehen, denn es wird zu teuer", stellte Fuchs fest. Bernd Westphal (SPD) forderte einen klaren Ausbaupfad, man dürfe aber nicht die Kosteneffizienz aus dem Blick verlieren. Er riet zur Mäßigung in der Debatte: Es gehe nicht um ein Gegeneinander